



29.04.2022

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

wir haben es im Wahlkampf versprochen und setzen es jetzt um: Der Mindestlohn wird ab dem 01. Oktober auf 12 Euro erhöht. Rund 6 Millionen Menschen werden hiervon profitieren, insbesondere Frauen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Ostdeutschland. Wir machen den Mindestlohn damit armutsfest.

Gleichzeitig erhöhen wir die Verdienstgrenze für Minijobs auf 520€ statt bisher 450€ und sorgen dafür, dass der Minijob nicht zur Teilzeitfalle vor allem für Frauen wird. Wir bauen eine Brücke in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, indem wir die harte Kante zwischen Minijobs und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung abschaffen. Dadurch steigen die Sozialversicherungsbeiträge bei Überschreitung der Grenze nur langsam an. Der Mindestlohn ist seit der Einführung 2015 ein Erfolgsprojekt, trägt zur Armutsbekämpfung bei und stärkt auch Tariflöhne.



Seit über 2 Monaten führt Wladimir Putin einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Gezielte Angriffe auf Zivilistinnen und Zivilisten, auf Schulen, Krankenhäuser und Kindergärten machen uns alle zu tiefst betroffen. Wir werden dafür sorgen, dass die Kriegsverbrechen Russlands aufgeklärt und verurteilt werden. Gemeinsam mit den Ampel-Fraktionen und der Zustimmung der Unionsfraktion haben wir gestern einen Antrag beschlossen, der deutlich macht, dass wir fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer stehen. Und dass ein Ende der furchterlichen Gewalt und eine selbstbestimmte Perspektive für die Ukraine mehr braucht als Waffen. In Fragen von Krieg und Frieden und in Fragen von nationaler Bedeutung hat es die SPD in der Opposition immer als ihre Pflicht gesehen, im Sinne des Landes zu agieren. Das würde der größten Oppositionspartei auch gut anstehen. [\(Mein Kollege Lars Klingbeil hat dies gestern in seiner Rede deutlich gemacht.\)](#)

Für uns und unsere Partner sind 3 Leitlinien klar:

1. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ohne aktiv Kriegspartei zu werden.
2. Wir stellen unsere eigene Landes- und Bündnisverteidigung sicher und investieren in die Ausrüstung der Bundeswehr.
3. Wir agieren immer in enger Abstimmung mit unseren Partnern innerhalb der EU, der NATO oder der G7 Staaten. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir mit Olaf Scholz einen ruhigen und besonnenen Bundeskanzler an der Spitze der Bundesregierung haben, der Verantwortung übernimmt und keine voreiligen Entscheidungen trifft.

Gemeinsam mit unseren Partnern der EU und der NATO unterstützen wir deshalb die Ukraine mit Ausrüstungs- und Waffenlieferungen, damit sie sich gegen die russische Invasion verteidigen können. Es geht aber nicht ausschließlich um Waffenlieferungen, sondern allen voran darum, bestmögliche humanitäre Hilfe zu leisten, Fluchtkorridore zu schaffen und denjenigen, die nach Deutschland geflüchtet sind, Unterstützung sicherzustellen. Geflüchtete

Ukrainerinnen und Ukrainer erhalten erleichterten Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie erhalten seit Beginn direkt die Anerkennung ohne ein Asylverfahren durchlaufen zu müssen und werden ab dem 01. Juni von den Jobcentern vor Ort betreut.

Olaf Scholz hat es nach Kriegsbeginn gesagt: Wir erleben eine Zeitenwende. Es herrscht wieder Krieg mitten in Europa. Deshalb müssen wir stärker in unsere eigene Sicherheit investieren. Wir machen dies im Dreiklang: Wir stärken die innere, äußere und soziale Sicherheit. Dafür haben wir in dieser Woche einige Gesetzesvorhaben in erster Lesung beraten. Für die äußere Sicherheit und den Frieden in Europa werden wir ein Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro aufstellen und die Bundeswehr besser ausrüsten, als sie es derzeit ist. Damit stärken wir unsere eigene Verteidigungsfähigkeit und erfüllen unsere Bündnisverpflichtungen.

Für die Innere Sicherheit hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser einen 10-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus aufgestellt, der unter anderem dafür Sorge trägt, dass Opfer von rechtsextremer Gewalt nicht allein gelassen, Straftaten konsequent aufgeklärt werden und Verfassungsfeinde nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sein dürfen. Außerdem stehen zukünftig auch Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker unter besonderem Schutz, denn auch diese gerieten in der Vergangenheit immer stärker in den Fokus von Anfeindungen und Bedrohungen.

Für die soziale Sicherheit haben wir ein weitreichendes Entlastungspaket auf den Weg gebracht. Wir entlasten vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen spürbar. Mit der Energiepauschale erhalten alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen Pauschalbetrag von 300 €. Um die Mobilität zu sichern, senken wir die Energiesteuer auf Kraftstoffe um 30 Cent und bieten allen ein ÖPNV-Ticket für 90 Tage für 9€ pro Monat an. Alle Familien erhalten einen Familienbonus für jedes Kind in Höhe von 100 €. Für Menschen im Sozialleistungsbezug haben wir die Einmalzahlung auf 200 Euro verdoppelt. Bevor wir mit der im Koalitionsvertrag beschlossenen Kindergrundsicherung die große Reform umsetzen, erhalten alle Familien im Bezug von Grundsicherung und Kinderzuschlagsberechtigte pro Kind 20 Euro monatlich. Dazu kommen der Mindestlohn und die Rentenerhöhung, die die Einkommen deutlich steigern. Rentnerinnen und Rentner profitieren ebenfalls von der Senkung der Energiesteuer, dem ÖPNV Ticket oder für diejenigen im Grundsicherungsbezug: von der verdoppelten Einmalzahlung in Höhe von 200 €. Die Auszahlung der Einmalzahlungen ist zum 1. Juli geplant, bereits ab dem 01. Juni wird die Energiesteuer auf Kraftstoffe gesenkt und das ÖPNV Ticket eingeführt.



In dieser Woche hatte ich seit langer Zeit endlich mal wieder Besuch aus meinem Wahlkreis in Berlin. Johanna hat am Girls Day der SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen und 2 Tage hinter die Kulissen schauen dürfen. Neben einem Besuch auf der Kuppel des Reichstags und der Plenardebatte stand ein Planspiel zum Wahlrecht ab 16 auf dem Programm. Schön, dass du hier warst!

Am Sonntag finden endlich wieder Kundgebungen zum Tag der Arbeit unter dem Motto „GeMAInsam Zukunft gestalten“ in Mittelhessen statt. Ich freue mich sehr auf das persönliche Treffen und darauf wieder live miteinander ins Gespräch zu kommen. In Wetzlar finden ab 11 Uhr die Kundgebung und ein Familienfest in der Altstadt im Klostergarten statt. In Herborn gibt es ab 11:15 eine Demonstration vom Herkules Parkplatz aus, bevor um 11:30 Uhr die zentrale Kundgebung auf dem Marktplatz stattfindet. Alle sind sehr herzlich eingeladen hieran teilzunehmen!

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt